

Pfeffer, Karl Heinz

Article — Digitized Version

Die deutsche Wirtschaft im Zeitalter der internationalen Pläne

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Pfeffer, Karl Heinz (1951) : Die deutsche Wirtschaft im Zeitalter der internationalen Pläne, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 31, Iss. 9, pp. 17-23

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131376>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

ABHANDLUNGEN

Die deutsche Wirtschaft im Zeitalter der internationalen Pläne

Prof. Dr. Karl Heinz Pfeffer, Bremen*)

DER STILWANDEL
IN DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT

Als sich am Ende des ersten Weltkrieges unter maßgeblicher Mitarbeit des Südafrikaners Jan Smuts der Gebrauch des Wortes „Mandat“ im internationalen Kolonialrecht durchsetzte, wurde zuerst an den deutschen Kolonien und an den Ländern der Erbmasse des Osmanischen Reiches deutlich, daß ein Zeitalter zu Ende ging, das sich nicht genierte, Worte wie „Kolonie“ oder „Imperium“ zu gebrauchen. Das „Zeitalter des Imperialismus“ war seinem Abschluß nahe, wenn auch noch nach 1919 die Worte „Impero“ oder „Empire“ gebraucht und sogar neu eingeführt wurden. Man begann selbst bei Fortdauer dieser Begriffe, sich zur Theorie des „Dual Mandate“ im Sinne von Lord Lugard zu bekennen: Die Kolonialmacht sollte sich einerseits beauftragt fühlen, Vormund einer geschichtlich unmündigen Bevölkerung zu sein, andererseits ihr „Mandat“ im Auftrage der zivilisierten Staatengemeinschaft ausüben.

Der Wandel des politischen Bewußtseins oder der politischen Ideologie fand sein Gegenstück in einer allmählich erwachsenen neuen Theorie der Weltwirtschaft. Die industrielle Gegenkolonisation, die von den Umständen des ersten Weltkrieges in manchen Überseeländern erzwungen worden war, machte das Weiterbestehen einer scharfen Trennung zwischen Werkstattdländern einerseits, Rohstoff- und Absatzländern andererseits unmöglich. Ein Land nach dem anderen versuchte, den Weg zur Monokultur zu vermeiden. Es stellte sich bald heraus, daß die überlieferte Form der Weltwirtschaft nicht durch ein System kleiner Autarkien ersetzt werden konnte. Der neue Stil bedeutete nicht Abschließung vom internationalen Waren-, Menschen- und Geldverkehr, sondern einerseits Planung, andererseits Verknüpfung aller wirtschaftlichen Überlegungen mit sozialpolitischen Rücksichtnahmen. Die Arbeitskraft und die Konsumkraft der Menschen außerhalb der alten Industrieräume wurden höher als früher bewertet, die Mutterländer gewährten ihren Kolonien den Schutz von Aufbauplänen, gering industrialisierte Staaten erzwangen von ihren Handelspartnern Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse ihrer eigenen Arbeitsplatz- und Versorgungspolitik. Die wirtschaftlich starken Länder, ob sie nun Kolonialmächte waren oder nicht, mußten auch in ihren Wirtschaftsbeziehungen die Tatsache eines Doppelmandats anerkennen: ihr eigener wirtschaftlicher Vorteil verlangte Rücksichten auf die Interessen der Partner, und

*) Mitarbeiter im Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung.

die mörderische Konkurrenz untereinander mußte eingeschränkt, eine Verteilung der Märkte und Bezugsquellen nach Plänen versucht werden.

Der Stilwandel der weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Nationalwirtschaften entspricht dem Stilwandel in den Betrieben, die in ihrem eigenen Interesse soziale Verantwortung auf sich nehmen und sorgfältig ihren Ruf in der Öffentlichkeit (durch „Public Relations“) zu pflegen begannen. Das „Doppelmandat“ des Dienstes am Kunden und der betrieblichen Sozialpolitik gilt heute auch in der Weltwirtschaft. Qualität und Billigkeit setzen sich nicht mehr automatisch durch, Versuche zu einer Übervorteilung schädigen nur ihren Urheber. Die großen Massen der Kunden und Lieferanten in den außereuropäischen Erdteilen sind wirtschaftlich ebenso erwacht wie politisch.

Der neue Stil, der am Ende des zweiten Weltkrieges endgültig durchbrach, zeigt sich bis jetzt in drei verschiedenen Formen:

KOLONIALE TREUHÄNDERSCHAFT

Wohl wurde die erste formale Anerkennung des Mandatsgedankens mit dem Sieg im ersten Weltkrieg verknüpft, und nur die den Besiegten weggenommenen Länder wurden den Siegermächten als Mandate im doppelten Sinn übergeben. Aber diese Einschränkung war nur formal. Die Kolonialmächte verteidigten ihren Besitz gegen die Forderungen der „Habenichtse“ mit dem Hinweis auf ihre Pflichten gegen die einheimische Bevölkerung in den Kolonien, sie entwickelten die Selbstverwaltung, sie förderten die wirtschaftliche Selbsthilfe, sie stellten Pläne über Pläne zur „revalorisation“ auf. Aus dem Empire française wurde La France d'outre mer, aus dem British Empire das Commonwealth. In den einzelnen Kolonien wurden die voreuropäischen Autoritätsträger, die traditionellen Notabeln, stärker an der Verantwortung beteiligt, zugleich wurden aber auch Parteien und Gewerkschaften unter den der Tradition entfremdeten Landeseinwohnern geduldet oder gefördert. Schon im ersten Weltkrieg hatten Frankreich und Großbritannien nichteuropäische Soldaten außerhalb ihrer Heimat eingesetzt, das wiederholte sich im zweiten Weltkrieg.

Nach dem zweiten Weltkrieg besaßen die Kolonialmächte nicht mehr die Macht, gegen den Willen der Landesbevölkerung Kolonien unter ihrer Herrschaft zu halten, sie mußten also die Sympathien der Eingeborenen zu erringen versuchen. Weder der öffentlichen Meinung ihres eigenen Landes noch der Stimmung in

Amerika konnten sie zumuten, „imperialistische“ Maßnahmen zu dulden. Die Organisation der Vereinten Nationen sollte grundsätzlich überall in abhängigen Ländern darauf achten, daß eine Treuhänderschaft, nicht eine Herrschaft ausgeübt wurde.

Die Kolonialmächte haben sich nach dem zweiten Weltkrieg zur Gewährung politischer und wirtschaftlicher Selbständigkeit an ehemals unterworfenen Ländern bereitgefunden oder bereitfinden müssen. Der Verzicht auf handelspolitische und andere wirtschaftliche Sondervorteile darf neben der Bildung neuer Staatswesen nicht unterschätzt werden. Am weitesten ist der Verzicht im Verhältnis zwischen Großbritannien und Burma gegangen, aber auch die Indische Union, Pakistan und Ceylon genießen in den entscheidenden Fragen soviel Selbständigkeit, wie sie auf sich nehmen wollen und können. Wie sich in Zukunft die Zusammenarbeit im Rahmen einer Union zwischen den Niederlanden und Indonesien oder zwischen Frankreich und Indochina gestalten wird, läßt sich noch nicht endgültig erkennen, jedenfalls ist Indonesien selbständig, und die Staaten Indochinas sind nicht mehr Kolonien. Die Freigabe wird ergänzt durch Fürsorge. Seit dem 1. Juli 1951 bemühen sich Großbritannien, Australien, Neuseeland und Kanada um wirtschaftliche Unterstützung für Ceylon, Pakistan, die Indische Union, Malaya, Singapur und die britischen Kolonien im nördlichen Borneo unter dem Stichwort des „Colombo-Planes“. Dieser Plan zur Hebung der Wirtschaftskraft Süd- und Südostasiens soll auch den außerhalb des Commonwealth stehenden Staaten Burma, Siam und Indonesien zugutekommen. Pläne ähnlicher Art hat das britische Kolonialministerium für die einzelnen Kolonien oder Gruppen von Kolonien in Afrika und Amerika aufgestellt. Die australische Kolonialpolitik in Neuguinea läuft der britischen parallel. Vorgesehen sind Maßnahmen zum Nutzen der Volksgesundheitspflege, der Umsiedlung in Gebiete mit zahlreicheren Arbeitsstellen, des Wohnungsbaus, der Modernisierung der Landwirtschaft, der Anlage neuer Kulturen, der Sicherung des Absatzes, des Baus von Verkehrswegen, der sozialen Hilfe, der Volksbildung, der politischen Selbstverantwortlichkeit. Die Pläne erstreben eine soziale Sanierung, von der aus auch eine Verzinsung des neu zu investierenden Kapitals erwartet wird.

Frankreichs Pläne in den drei nordafrikanischen Herrschaftsgebieten, in Westafrika, Zentralafrika und Madagaskar bilden eine Ergänzung seines Bemühens um einen wirtschaftlichen Neubeginn im Mutterland. Die mit dem Namen Labonne verknüpften Planungen sind nur im Zusammenhang mit den Absichten von Jean Monnet und von Robert Schuman zu verstehen. Die Überseeländer der Union française sollen jedenfalls nicht mehr nur als Rohstoffquellen für das Mutterland dienen.

Der belgische Zehnjahresplan für den Kongo betont gleichzeitig die Interessen der Eingeborenen, Belgiens und anderer europäischer Staaten, deren Mitarbeit er erhofft.

Seit dem Verlust Indonesiens bemühen sich die Niederlande, auf dem Weg über „Public Relations“ ihre koloniale Verantwortung und Leistung zugunsten der Eingeborenen in dem umstrittenen Westneuguinea und in ihrem amerikanischen Festlands- und Inselbesitz bekanntwerden zu lassen.

Portugal hat schon vor dem zweiten Weltkrieg in Westafrika, in seinen beiden großen Kolonien im südlichen Afrika, in Indien, Timor und Macao in Zusammenarbeit mit eingeborenen Kräften die koloniale Aufgabe im neuen Sinn in Angriff genommen und aus ihr erhebliche Energien für die Erneuerung des Mutterlandes gewonnen. Auch Spanien betont seit dem Bürgerkrieg seine Verpflichtung in Marokko und erklärt, daß es seinen Besitz in der Sahara und in Guinea zum Besten der Eingeborenen verwalten will.

ENTWICKLUNGSPLÄNE IM INTERNATIONALEN RAHMEN

Die treuhänderisch gedachten Entwicklungspläne der Kolonialmächte setzen voraus, daß die Mutterländer selbst mit Hilfe Amerikas wirtschaftlich gesunden und daß im Schatten der amerikanischen Macht eine wirtschaftliche Zusammenarbeit in Westeuropa zustandekommt. Die belgischen und französischen Pläne rechnen mit einer Beteiligung dritter Staaten. Spanien und Italien können auch bescheidene Übersee-Aufgaben nur in Angriff nehmen, wenn sie Hilfe von außen erhalten. Portugal finanziert seine kolonialen Anstrengungen aus der Konjunktur für seine Kolonialprodukte und der geographisch-strategischen Bedeutung der unter seiner Flagge stehenden Länder im Rahmen des amerikanisch geführten Bündnissystems. Die Niederlande erholen sich nur mit amerikanischer Unterstützung. Der Colombo-Plan ist unter der Voraussetzung amerikanischer Hilfe aufgestellt worden, und Indien muß ebenso wie die Goldküste mit Amerika rechnen. Die Pläne neuen Stils, die von den Kolonialmächten aufgestellt worden sind, zeigen außer ihrem sozialpolitischen und ihrem planwirtschaftlichen noch ein drittes Element: sie fügen sich in eine Hoffnung auf internationale Zusammenarbeit der westlichen Welt ein. Da die Mutterländer Empfänger von Marshall-Hilfe sind oder waren oder auf andere Weise amerikanische Hilfe erhalten, bilden die Kolonialpläne ein Teilstück der amerikanischen Bemühungen zur Neuordnung der Welt.

Die wirtschaftlich schwächeren Staaten, die nicht in kolonialer Abhängigkeit leben, genießen amerikanische Unterstützung, wenn sie von der UNO, oder einer ihrer Gliederungen (Wirtschafts- und Sozialausschuß, FAO., UNESCO., ILO.) Rat oder Hilfe erhalten, denn Amerika leistet den größten Beitrag für die UNO. Auch die regionalen Zusammenschlüsse politischer oder militärischer Natur (panamerikanische Zusammenarbeit, Nordatlantikpakt, Pazifikpakt, Bündnisse mit Griechenland, der Türkei, Stützung Jugoslawiens) bringen wirtschaftliche Auswirkungen der militärischen Pläne. Die amerikanische Besetzung hat Japan, Südkorea und andere pazifische Länder unter das Gesetz der amerikanischen Absichten gestellt. Im

Karibischen Meer und in der Südsee hat Amerika von seinen eigenen Kolonien aus (Portoriko und den Jungferninseln, Samoa, Guam und dem früheren japanischen Mandatsgebiet Mikronesiens) eine mit anderen Kolonialmächten zusammenarbeitende Wirtschafts- und Sozialplanung in Angriff genommen.

Der Grundsatz der amerikanisch beherrschten westlichen Weltwirtschaft wird am klarsten formuliert in dem bekannten Punkt Vier von Präsident Trumans Antrittsrede 1949: Den früheren Passivpartnern des internationalen Wirtschaftsverkehrs soll durch langfristige Investitionen aus privater Quelle und durch die Entsendung von Fachkräften dazu verholfen werden, daß ihre Nationalwirtschaften eigene Stärke gewinnen.

Wie ein zweites Planetensystem bildet sich in ähnlichem Stil parallel zur westlichen eine östliche Weltwirtschaft. Der Appell des Kommunismus an soziale Wünsche und Hoffnungen muß im Zusammenhang des gesamten Stilwandels der Weltwirtschaft verstanden werden. Er lehnt nicht den Inhalt der westlichen Pläne ab, sondern bezweifelt nur die Fähigkeit und den Willen des Westens zu ihrer Durchführung.

Er entschuldigt die Opfer, die seine eigene, radikalere Methode fordert, mit dem Endziel. Er verspricht nach einer unzweifelhaft schwierigen Umstellungsperiode Wohlstand und Frieden. Während der Umstellungszeit will er Störungen aus der anderen Welt entweder defensiv durch Absperrung gegen den Westen oder offensiv durch Vorantreiben der Weltrevolution in den Raum des Westens hinein abwehren.

In den ostmitteleuropäischen Staaten wurden Zug um Zug die alte Herrschaft und die gesinnungsmäßig zum Westen neigende Intelligenz und Wirtschaftsbourgeoisie gewaltsam beiseite gedrängt oder ausgeschaltet. Den Bauernvölkern der Bulgaren, Rumänen, Madjaren, Slowaken und Polen wurde ein ähnliches Ziel gezeigt wie früher den Staatsangehörigen der Sowjetunion selbst. Die kommunistisch geführten Regierungen verkündeten Mehrjahrespläne, die sowohl dem Aufbau der eigenen Wirtschaft ihrer Länder als auch ihrer Einstimmung in die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion dienen sollen. Die Theorie für den wirtschaftlichen Zusammenschluß der Volksdemokratien ist nicht sehr verschieden von der im Westen verkündeten Lehre der sozialen Verantwortung, des Planens und der Zusammenarbeit mit anderen Nationalwirtschaften. Die wirtschaftlich höher entwickelten Gebiete (Böhmen, Mähren, Schlesien, einzelne Bezirke Polens und Ungarns) sollen in dem Gesamtsystem ebenso eine sinnvolle Aufgabe finden wie in der westlichen Weltwirtschaft die europäischen Industrieländer neben dem amerikanischen Kern.

Vorläufig zeichnet sich als Ergebnis der Planungen nicht eine neue Fassung von „bi-konzentrischer Weltwirtschaft“ im Sinne Predöhl's ab, sondern zwei Weltwirtschaften bauen sich nebeneinander nach den gleichen Grundsätzen der sozialen Rechtfertigung, der Planung und der übernationalen Integration auf. Jede der beiden erhebt grundsätzlich den Anspruch, die

Kernzelle der richtigen einen Weltwirtschaft zu errichten. Außerhalb der Grenzen der sowjetischen Militärmacht versprechen die kommunistischen Agitatoren, daß die Herrschaft ihrer Freunde in der Zukunft besser als die der gegenwärtigen Machthaber die Sehnsucht nach Wohlstand, Ordnung und Frieden stillen werde, daß man jedoch zunächst der Erfüllung dieser Sehnsucht Opfer bringen müsse. Die Ostzone Deutschlands wird als Probefall nach Westen betrachtet, während im Osten vor den Grenzen der Sowjetunion in der Mongolischen Volksrepublik die für asiatische Trockengebiete brauchbarste Methode erprobt wird.

SOZIALE UND SOZIALISTISCHE TENDENZEN IM KOLONIALEN NATIONALISMUS

Es kann heute noch nicht gesagt werden, ob die früheren Kolonialvölker und die jetzt noch unter kolonialer Verwaltung stehenden Bevölkerungen durch den Übergang zum neuen Stil der Beziehungen zwischen ihren Ländern und Europa oder Amerika zufriedengestellt werden. Gegen die Kolonialmächte hat sich früher die Notabelngruppe der landeseigenen Tradition und außerdem eine schmale Schicht europäisierter Eingeborener mit intellektuellem oder wirtschaftlichem Ehrgeiz gewehrt, während die Massen die koloniale Herrschaft hinnahmen, wo ihnen nicht deutlich sichtbar physischer Schade zugefügt wurde. Es ist möglich, daß heute die Notabeln, die Europäiserten und die Massen verschiedene Wege gehen. Es ist möglich, daß eine oder jede der drei Gruppen mit den helfenden Treuhändern kollaboriert oder daß sie den Kommunismus vorzieht. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß sich neue Formen eines einheimischen Sozialismus entwickeln, die in jedem Lande verschieden sein mögen.

Jedenfalls nehmen die früher unterworfenen Kolonialvölker das Ziel des neuen Zeitalters an: Soziale Verantwortung, geplante Wirtschaft, internationale Zusammenarbeit. Manche frei gewordenen Länder können gar nicht genug planen, so daß sie ihre wirtschaftliche Ordnung durch ein Gegeneinander von Eingriffen zu gefährden drohen. Sie trauen den Partnern aus anderen Erdteilen in dem Maße, in dem sie gute Erfahrungen mit ihnen gemacht haben. Es kostet aber erhebliche Mühe, sie von einem Sinneswandel bei Staaten zu überzeugen, deren Kolonialherrschaft sie als drückend empfanden.

Das bedeutendste Beispiel der Hinwendung zum Sozialismus bietet die Chinesische Volksrepublik — Nordkorea ist einen ähnlichen Weg gegangen —, und auch asiatische Staaten, die sich nicht zum Kommunismus bekennen (Indien, Pakistan, Indonesien, Burma), betonen seit dem Gewinn ihrer politischen Selbständigkeit die Absicht, durch Planwirtschaft sozialen Fortschritt zu erzwingen. Sie sehen die Vorgänge in der Sowjetunion in kühler Objektivität an, weil ihre Lebenshaltung keinen Anlaß bietet, in eine Panik vor sozialem Abstieg zu geraten.

Im Vorderen Orient ist noch nicht geklärt, ob die Notabeln, die Intellektuellen oder neu aufsteigende Massenfürher die Leitung der Bauern, Hirten und

Städter in die Hand nehmen oder ob sich eine Koalition dieser Gruppen bildet. Vorderasien und Nordafrika bis Abessinien und Marokko lassen vorläufig die Frage offen, in welcher Form der Nationalismus ihrer Völker die sozialen Forderungen aufgreifen wird.

Die Goldküste und Nigerien, aber auch die Kolonien Französisch-Westafrikas zeigen, daß heute auch die kleine Intellektuellenschicht Negerafrikas einerseits Massenwirkung gewinnt, andererseits vor die Entscheidung zwischen den verschiedenen Möglichkeiten gestellt wird.

In Iberoamerika versuchen in erster Linie Argentinien und Mexiko, eigene Wege zu finden, aber auch in Uruguay, Bolivien, Brasilien, Venezuela, Guatemala, Kuba und anderen Ländern vollzieht sich ein Ringen um Emanzipation und den neuen Stil der Zusammenarbeit mit stärkeren Staaten. In manchen Ländern wird die revolutionäre Energie eines rassischen und sozialen Freiheitsstrebens auch heute noch nur mit Gewalt zurückgehalten. Auch diese revolutionäre Energie hat bis jetzt noch nicht zwischen den grundsätzlichen Möglichkeiten gewählt.

Im eigensten Bereich der europäischen Völker haben sich Nationalismus und revolutionärer Sozialismus in Jugoslawien verbündet, wo in einzelnen Gebieten als Erbteil der türkischen oder madjarischen Herrschaft bis in die jüngste Vergangenheit koloniale Zustände herrschten. Auch der Mapai-Sozialismus Israels gehört sowohl von der Geschichte der Juden als auch von der Geschichte des Landes Palästina her in diesen Zusammenhang.

Die Programme der Gruppen, die einen Einheimischensozialismus vertreten, sind einander ähnlich: Fremde Investitionen ohne politische Gegenleistungen; Verwendung fremden Kapitals nicht zum Abbau landeseigener Bodenschätze, sondern zur Sanierung oder Vollentwicklung der Nationalwirtschaft; Schaffung von Arbeitsplätzen und Hebung des Lebensstandards.

DIE STAATEN OHNE KOLONIALEN MACHTBEREICH

Eine Reihe von Staaten ist nicht unmittelbar an der Neugestaltung der kolonialen Beziehungen beteiligt. Diese Länder sind weder Kolonien noch Kolonialmächte, und sie können weder die Wirtschaftspolitik der USA. noch die der Sowjetunion beeinflussen. Es sieht aus, als könnten sie außerhalb der großen Pläne bleiben.

Sie beschäftigen sich mit kleinen Plänen zum Wiederaufbau, zum Ausbau oder zur Erhaltung des Gleichgewichts in ihrer Nationalwirtschaft; sie versuchen, „introvertiert“ zu leben. Sie hoffen, daß Chancen wiederkehren, die denen der Weltwirtschaft alten Stils ähnlich sind; sie verstecken ihre inneren Schwierigkeiten; sie profitieren von zufälligen Möglichkeiten einer geographischen Konstellation; oder sie müssen sich fremden Wünschen beugen; sie können auch lange Zeit Kampffeld sein wie Indochina, Malaya, Formosa oder Südkorea.

Weder die Hoffnung noch das Zufallsgeschäft noch die Politik des Vogel Strauß noch die Selbstaufgabe sichern einen Platz im System der sich erneuernden Weltwirtschaft, ob es nun einpolig oder zweipolig sein wird. Die bestimmenden Kräfte der heute vorhandenen beiden Weltwirtschaftssysteme schätzen sorgfältig das Potential der Länder ab, die sich bemühen, außerhalb der internationalen Zusammenarbeit zu bleiben oder in alter Weise unbekümmert dahinzuleben. Es dürfte ratsam sein, daß man sich keinen Täuschungen über die Möglichkeit zu einer Isolierung hingibt, sondern sich ein eigenes Urteil über die Chancen und die notwendigen Maßnahmen bildet. Es genügt nicht, daß man die internationalen Pläne zur Kenntnis nimmt und dann auf eine Aufforderung zum Mittun wartet. Auch die Staaten außerhalb der sich bildenden Systeme sind gezwungen, ihre Offerten zu kalkulieren.

FORMEN EINER MÖGLICHEN DEUTSCHEN MITARBEIT

Deutschland ist unter ihnen in einer besonders schwierigen Lage, weil es nicht wissen kann, wer es eigentlich ist. Es lebt nur in provisorischer Gestalt. Nur für das Provisorium der Bundesrepublik können exakte Berechnungen aufgestellt werden, denn in anderen Teilen Deutschlands werden Zählungsergebnisse entweder nicht veröffentlicht, oder sie können nicht mit den Zahlen der Bundesrepublik verglichen werden. Daher wird manchmal „Deutschland“ gesagt, wenn nur die Bundesrepublik gemeint ist.

Man kann über den Rahmen der Bundesrepublik hinaus die vier Besatzungszonen des Rumpfdeutschland von 1946 als wirtschaftliche Einheit betrachten, oder man kann sich das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 als Wirtschaftsgebiet vorstellen. Dann schafft das Vorhandensein der Industriezonen Saar und Oberschlesien ebenso neue Voraussetzungen wie der Einbezug der landwirtschaftlichen Überschüsse Niederschlesiens und der Nordostprovinzen.

Über diese historischen Grenzen hinaus zeichnete sich nicht nur in der Zeit deutscher Länderbesetzungen während der beiden Weltkriege, sondern gerade in friedlichen Perioden durch ein System von zwei- und mehrseitigen Verträgen (man denke an den deutsch-rumänischen Wirtschaftsvertrag von 1939) ein Raum natürlicher Wirtschaftsbeziehungen ab. Von jeher waren die Länder Ostmitteleuropas über Staatsgrenzen und volkspolitische Ansprüche hinweg auf eine gegenseitige Ergänzung angewiesen, und nicht einmal die scharfe Zollgrenze zwischen dem Zarenreich und dem preußischen Osten hat die Zusammenhänge zerreißen können, die z. B. in den Wandervorgängen deutlich wurden (deutsche Spezialisten gingen nach Polen, polnische Arbeiter kamen nach Deutschland). Das Bismarckreich und die Donaumonarchie arbeiteten aus Vernunftgründen wirtschaftlich eng zusammen, und im Kerngebiet „Mitteleuropas“, zu dem jenseits der Grenzen des „Deutschen Reiches“ die Länder des späteren Rumpffösterreich und die Sudetenländer, aber auch Slowenien, Kroatien und Triest sowie Polen und Litauen gehörten, bestand eine Inter-

essen- oder Ergänzungsgemeinschaft. Dänemark, die Niederlande, Luxemburg, Ungarn, Rumänien, Serbien und Bulgarien gehörten im weiteren Sinne ebenfalls zu diesem Wirtschaftsgebiet, das nicht durch politische Maßnahmen künstlich zusammengebracht, sondern im Gegenteil erst durch die Politik künstlich auseinandergerissen wurde.

Auch heute ist die Feststellung, daß die deutsche Wirtschaft erst in einem größeren Rahmen lebensfähig wird, ein Gemeinplatz. Dabei bleibt aber offen, wie dieser Rahmen gespannt sein soll. Schuman-Europa ist seine nächstliegende, jedoch ebenfalls durchaus provisorische Bestimmung. Man kann über seine Begrenzung hinaus an das Festlandeuropa denken, das zwischen den beiden Weltkriegen von der Westgrenze der Sowjetunion bis zum Atlantik einen verhältnismäßig freien Wirtschaftsverkehr kannte. Man kann sich diesen Raum in das atlantische System nach Westen oder das sowjetische nach Osten erweitert vorstellen. Festzuhalten ist jedenfalls, daß man so lange schwerlich von einer Wirtschaft „Deutschlands“ sprechen kann, wie Württemberg nicht nach Polen und Sachsen nicht in die USA. ungehindert exportieren darf. Jede Aussage bleibt daher provisorisch. Die deutsche Kraft zur Mitarbeit am Wiederaufbau der Welt ist wohl potentiell vorhanden, jedoch durch Sperren und Schnitte gelähmt.

Arbeitsleistung ist der eigentliche Beitrag, den Deutschland aufbringen kann. Daß dieser Beitrag zur Verfügung steht, gilt heute als objektive Wahrheit ohne politische Tendenz, seitdem Herr Bidault am 15. März 1947 in Moskau auf die zentrale Wichtigkeit des deutschen Übervölkerungsproblems hingewiesen hat. In welchem Maße er zur Verfügung steht, ist mit exakten Ziffern schwer zu sagen.

Die deutsche Wirtschaft hat sich in den letzten hundert Jahren daran gewöhnt, den Warenexport als die normale Form des Einbezugs ihrer Arbeitsleistung in die Weltwirtschaft zu sehen. Welche Rolle er in Zukunft spielen wird, hängt zunächst davon ab, daß der Bezug von Rohstoffen für die Produktion exportfähiger Waren zu angemessenen Preisen gesichert ist. Im Zusammenhang mit den internationalen Plänen, besonders den Plänen nach „Punkt Vier“, liegt der Gedanke des „Dreiecksverkehrs“ nahe: Amerikanisches Kapital soll in „unterentwickelte Gebiete“ fließen, diese Länder können mit seiner Hilfe den Bezug von Investitionsgütern aus Europa bezahlen, und Europa kann aus diesen Einnahmen seine Einkäufe an Rohstoffen und Nahrungsmitteln bei den USA. begleichen. In der amerikanischen Wirtschaft bestehen erhebliche Widerstände gegen diese Art eines Neubaus der Weltwirtschaft, und die logische Schlüssigkeit der Lösung sichert längst nicht ihre praktische Verwirklichung. Die Folgen des Koreakrieges gewöhnen die Länder, die wie Deutschland auf Export angewiesen sind, erneut an ein System der Rohstoffzuteilung. Die Kombination der verfügbaren Arbeitskraft, der zugeleiteten Rohstoffe und der technischen Produktionskapazität kann im Zeitalter des neuen Stils keines-

wegs zur Produktion beliebiger Güter eingesetzt werden, die sich dann ihren Markt suchen müssen. Die internationalen Pläne entscheiden auch über den Importbedarf der ihnen unterworfenen Länder. Sinnvoll ist nur die Produktion von Gütern, die von diesem Importbedarf verlangt werden.

Trotz der Anspannung durch die Aufrüstung ist es nun keineswegs so, als könne sich der deutsche Export selbst im Rahmen der Pläne konkurrenzlos vollziehen. Die sorgfältige Beobachtung der Konkurrenz, die Ausfüllung von Marktlücken, die regionale oder sachliche Aufteilung von Märkten wird einen Teil der Leistungen des Exporteurs im Zeitalter der Pläne darstellen müssen. Andere Länder leben unter einem ähnlichen Exportzwang wie Deutschland, es ist also nicht mit einer Bevorzugung etwa im Interesse des investierten Kapitals zu rechnen.

In den Ausfuhrstatistiken erscheinen auch Ziffern für unechte Ausfuhren im Sinne der Güterausfuhr, also wirklich für die reine Ausfuhr von Arbeitskraft. Es gibt neben der Ausfuhr von Waren, die mit eigenen Maschinen und eigener Arbeitskraft aus eigenen Rohstoffen hergestellt worden sind, und von Waren aus fremden Rohstoffen, aber immer noch auf eigene Rechnung (wie etwa die dänische Umwandlung von importierten Futtermitteln in Bacon für den Export), auch als dritte Form das reine Lohnwerk, bei dem die Ware während der Veredelung nicht in das Eigentum des bearbeitenden Landes übergeht, bei dem häufig nicht nur das Geldkapital, sondern auch die maschinelle Ausrüstung für den Bearbeitungsvorgang Eigentum des Auftraggebers ist. Die deutsche Wirtschaft hat mit dieser Exportform Erfahrungen durch die Hilfsaufträge für die Aufrüstung des Westens und ebenso durch die sowjetische Entnahme von Reparationen aus der laufenden Produktion sammeln können. Auch an den Sonderfall der Dienstleistung ist bei den Exportmöglichkeiten zu denken; die Handelsflotten mancher Länder fahren überwiegend auf fremde Rechnung, sind also Mittel zum „Export“ von Arbeitsleistung.

Man mag versucht sein, den bloßen Gedanken an deutsche Kapitalinvestitionen in anderen Ländern als absurd abzutun. Man sollte jedoch daran denken, daß auch das exportabhängige, dollarame Schuldnerland Großbritannien mit Billigung seiner Gläubiger Anleihen an Jugoslawien gibt. Freilich werden derartige Transaktionen nur in Ausnahmefällen vor sich gehen. Nicht die Kapitalausfuhr, sondern die Auswanderung wird die zweite Normalform der deutschen Mitarbeit bei den Plänen der Weltwirtschaft darstellen. Es wird sich kaum ein Land auf der Erde finden, das bereit wäre, eine Masseneinzelwanderung im Stile des 19. und frühen 20. Jahrhunderts in seine Grenzen aufzunehmen. Die internationale Freizügigkeit ist aus der Mode gekommen, und jeder Staat nimmt als Teil seiner souveränen Rechte die Entscheidungsfreiheit über die Zulassung von Einwanderern für sich in Anspruch. Einwanderungswillige werden auf ihren abschätzbaren ökonomischen Wert geprüft, und außer-

dem überlegt das Aufnahmeland sorgfältig ihre Assimilierbarkeit an sein eigenes nationales Wesen. Auch die Überseeländer empfinden ihre nationale Eigenart als Entelechie und sind nicht bereit, ihre Wachstumsrichtung durch einen starken Einwandererzstrom verändern zu lassen. Wenn sie sich zur Aufnahme einer größeren Einwanderergruppe einheitlicher Herkunft entschließen, legen sie in den meisten Fällen Wert auf eine breite Verteilung, damit kein örtlich geschlossener Block fremder Eigenart entsteht. Vom Einwanderer wird im allgemeinen erwartet, daß er sowohl seine nationalen als auch seine weltanschaulichen Bindungen kappt. Nach den Erfahrungen mit wirklichen und vermeintlichen „Fünften Kolonnen“ sind die Überseeländer in dieser Hinsicht besonders empfindlich, und die Abgabeländer müssen daher damit rechnen, daß ihre ehemaligen Bürger nach vollzogener Auswanderung nicht mehr im gleichen Maße für sie ansprechbar sind, wie das in liberaleren Zeiten möglich war.

Eine Auswanderung größerer Menschenmengen ist im allgemeinen nur als Gruppenauswanderung, nicht als Massenauswanderung Einzelner denkbar. Die krasseste Form der modernen Gruppenauswanderung stellt die Zwangsverschickung von Arbeiterkolonnen dar, wie sie in Osteuropa geübt wird. Die Zurückbehaltung von Kriegsgefangenen als Arbeitskräfte, die nicht auf den kommunistischen Machtbereich beschränkt geblieben ist, unterscheidet sich grundsätzlich kaum von der Zwangsarbeit der Zivildeportierten. Für schwere körperliche Arbeiten: Bergbau, Straßenbau, Baugewerbe, Landarbeit, werden Kolonnen von Freiwilligen rekrutiert, ihr Dienstkontrakt kann ein Rückwanderungsrecht oder eine Rückwanderungspflicht umfassen, muß es aber nicht. Es ist fraglich, ob Deutschland überschüssige Kräfte gerade für diese Arten von Handarbeit zur Verfügung hat.

Schließlich ist die Gruppenauswanderung in der Form geschlossener Dörfer oder Siedlungsgebiete möglich, die dann nicht nur Arbeitskräfte, sondern die gesamten Familien- oder Siedlungsangehörigen einbezieht. Gegenwärtig finden Bemühungen in dieser Richtung für überlebende Gruppen volksdeutscher Gemeinden aus Südosteuropa in Brasilien oder Venezuela statt. Dabei wird wenig bedacht, ob gerade Menschen ihrer Art im sozialen Gefüge des in Europa siedelnden deutschen Volkes leicht entbehrlich sind, man strebt nur nach rascher Entlastung des Wohlfahrts- und Wohnungsbau-Etats. Die Gruppenauswanderer erhalten in ihrem Aufnahmeland weder rechtlich noch wirtschaftlich Freizügigkeit oder freie Berufswahl, sondern zu den Bedingungen ihrer Aufnahme gehört wenigstens für den Anfang die Bindung an Ort und Beruf.

Außerhalb der Gruppenauswanderung vollzieht sich die Werbung für einzelne Mangelberufe. Auch hier wieder sollte das langfristige Bedürfnis Deutschlands überlegt werden, selbst wenn z. B. der Frauenüberschuß bestimmter Jahrgänge die Auswanderung von Hausangestellten oder Krankenschwestern nahelegt.

Schließlich kann Deutschland Spezialisten entsenden. Sie können zur Montage exportierter Maschinen oder zum Anlernen von einheimischem Personal hinausgehen, sie können Patente auswerten wollen, oder sie können auch nur auf Grund ihrer persönlichen Befähigung gewünscht werden. Wieder sollte bei jeder Auswanderung dieser Art neben dem Gewinn einer Entlastung vom Überangebot und einer vernünftigen und befriedigenden Verwertung langjähriger Spezialkenntnisse auch der wirtschaftliche und menschliche Verlust der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft gesehen werden.

Eine dritte Form deutscher Mitarbeit kann die Beteiligung deutscher Firmen sein. In einzelnen Häusern steckt soviel Erfahrung und Ansehen, daß jede Partnerfirma bei gemeinsamen Unternehmungen mit Sicherheit auf ihre Rechnung kommen wird. Es ist sehr viel rationeller, Geschäfte durch Vermittlung eingeführter Häuser zu machen, besonders wenn diese Häuser aus einem Lande stammen, das nicht im Verdacht politischen Ehrgeizes stehen kann.

AUSLANDSFORSCHUNG

Eine empirische Auslandsforschung muß sich die Aufgabe stellen, der deutschen Mitarbeit in der Weltwirtschaft durch Export, Entsendung von Menschen und Eingehen von Partnerschaften zu dienen. Sie muß zunächst die Pläne und den Fortgang ihrer Verwirklichung sorgfältig untersuchen und muß zweitens die in Deutschland verfügbaren Kräfte und ihre Entbehrlichkeit feststellen. Drittens muß sie dann für die deutsche Auslandswirtschaft ein konkretes Bild der möglichen Zielgebiete zu erarbeiten versuchen. Viele Dinge weiß der praktische Kaufmann oder Siedlungsberater nur selbst, und die Forschung wird ihm wenig mitteilen können. Andere Dinge jedoch lassen sich weder in einem kurzfristigen Geschäftsverhältnis erkennen noch von dem Posten eines langfristig am selben Ort ansässigen Vertreters aus, der oft den Abstand zu seiner Umgebung einfach nicht halten kann. Für diese Fälle muß eine pragmatische Wissenschaft Hintergrunds- und Ergänzungswissen für die Praxis bereithalten.

Besonders eindrucksvolle Beispiele einer pragmatischen Leistung der wissenschaftlichen Auslandsforschung bieten die Länderberichte des amerikanischen Department of Commerce. Manche deutschen Arbeiten können schon jetzt den Anspruch erheben, einen ähnlichen Dienst für unsere Zwecke zu leisten. Für andere Gebiete müssen die entsprechenden Arbeiten noch geschaffen werden.

Die erste Aufgabe ist die objektive Darstellung des politischen Hintergrundes für die wirtschaftlichen Bedürfnisse des einzelnen Landes. Dabei werden sowohl die Tatsachen des innenpolitischen Lebens als auch die Imponderabilien, die das Verhältnis zu Deutschland beeinflussen können, festzustellen sein.

Die soziologische Analyse des fremden Landes, seiner Bevölkerung, seiner Bildung, seiner Sitten, seiner Religion wird eine nicht minder wichtige Aufgabe sein.

Gerade in der Weltwirtschaft neuer Art, in der alle Nationen Partner sein sollen, wird die Rücksichtnahme auf Empfindlichkeiten besonders wichtig sein. Man muß daher die Empfindlichkeiten kennen.

Die Wirtschaftsanalyse selbst muß selbstverständlich das Hauptstück der Darstellung bilden: die Landwirtschaft und die ländlichen Zustände, die Verkehrsverhältnisse im Inneren und der Anschluß an das Weltverkehrsnetz sowie der Stand von Handwerk und Industrie bilden ihre wichtigsten Gegenstände.

Schließlich müssen die Wirtschaftsbeziehungen des zu beschreibenden Landes zum Ausland dargestellt werden: Handel, Wanderung, Kapitalbewegung. Es wird in der Gegenwart besonders wichtig sein, nicht im Übereifer Verstimung bei früheren Kolonialmächten hervorzurufen, so notwendig auch die unmittelbare

Hinwendung zu der emanzipierten „neuen“ Nation ist. Ein Feld für die deutsche Mitarbeit bietet sich an sehr vielen Stellen der Erde, und die Auslandsforschung sollte alle Möglichkeiten klären, auch wenn sie heute noch nicht ergriffen werden können. Politische Behinderungen haben keine ewige Dauer, natürliche Ergänzungsbedürfnisse pflegen sie zu überleben. Das deutsche Interesse sollte allen Zonen gelten, in denen die großen Pläne der Gegenwart Aufgaben sehen: das sind die britischen Dominien, das tropische Negerafrika, der Vordere Orient, der indische Subkontinent, Südostasien, Ostasien, die Südsee, Iberoamerika, der Machtbereich der Sowjetunion und auch die aufbaubedürftigen Räume innerhalb der atlantischen Staatengemeinschaft selbst — Griechenland oder Irland, Alaska oder Nordnorwegen.

Summary: German Economy in the Era of International Plans. When after the first world war the idea of mandatory government came up a change began to take place in the methods of international economic cooperation. After the end of the second world war the colonial powers were no longer able to keep colonies under their sovereignty against the will of the native populations. The idea of colonial trusteeship took the place of traditional imperialism. But the development plans drawn up under this idea are all pre-supposing the economic recovery of the mother-countries through American aid. The most precise definition of the principle of a Western world economy dominated by the USA., is contained in "Point Four" of President Truman's inaugural speech in 1949. Also the Russian system of world economy is in its ideology based on the increasing of prosperity and social responsibility of the national economies. The sacrifices of the more radical method are to only serve this end. In the areas to be developed we find colonial nationalism with a variety of social and socialistic tendencies. The author finally examines the question of a German participation in international development plans which include export of goods, emigration of workers and technicians, and partnerships in foreign business enterprises. Particular emphasis is laid on the value of careful preliminary investigations of the countries concerned.

Résumé: L'économie allemande à l'époque des plans internationaux. Le régime mandataire créé après la première guerre mondiale marque une étape nouvelle dans l'histoire de la coopération économique internationale. A la suite de la deuxième guerre mondiale les puissances coloniales se sont montrées incapables de maintenir sous leur dominance la population indigène s'y refusant. A la conception de l'impérialisme fut substituée la théorie de l'administration coloniale par un conseil de curateurs. La réalisation de ces plans de développement basés sur cette théorie nouvelle dépend pourtant de l'assainissement préalable des métropoles par l'aide américaine. Le principe directeur que poursuivent les Etats-Unis à l'égard de l'économie de l'Ouest se trouvant sous leur prédominance a été défini par le président Truman comme le point IV dans son discours inaugural en 1949. L'Union soviétique aussi base sa conception de l'économie universelle sur l'amélioration du niveau social et sur la responsabilité sociale des économies nationales. C'est par les privations actuelles qu'on sert le but final. Dans les pays arriérés le nationalisme colonial a produit toute une gamme de tendances sociales et socialistes. De ces analyses l'auteur conclut aux possibilités offertes par l'Allemagne pour sa participation dans ces plans internationaux: exportations, émigration et envoi de main d'oeuvre et de spécialistes, investissements. L'auteur insiste sur la valeur d'une analyse préalable de l'ensemble des conditions déterminant le pays respectif.

Resumen: La economía alemana en el edad de planes internacionales. Con el advenimiento de la idea de mandato, después de la primera guerra mundial, se nota el comienzo de un cambio de estilo en lo que respecta a la cooperación económica mundial. Al terminar la segunda guerra mundial, las naciones perdieron su poder de mantener su dominio colonial contra la voluntad de la población indigena. El antiguo imperialismo ha sido reemplazado por la teoría del mandato colonial. Todos los proyectos evolutivos establecidos a base de esta teoría, suponen el restablecimiento económico de la metrópoli mediante la ayuda norteamericana. El principio de la economía mundial del occidente dominado por los norteamericanos está formulado más claro en el „punto cuatro“ del discurso inaugural que hizo Truman en 1949. También el sistema económico mundial de la Unión Soviética estriba ideológicamente en la elevación del bienestar y de la responsabilidad social de las economías nacionales. Las víctimas del método más radical deben servir solamente esta finalidad. En los países que deben ser desarrollados se nota dentro del nacionalismo colonial tendencias sociales y socialistas de diferentes matices. Por fin el autor estudia las posibilidades que se ofrecen a Alemania para una participación en los proyectos evolutivos internacionales que abarcan la exportación de mercancías, la emigración de obra de mano y especialistas así como la participación en empresas extranjeras. Se subraya especialmente el valor de un estudio previo del extranjero.